

ASTA INFO

extra

Herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuß und den Fachschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen

WSV **Winter Schluß Verkauf:**

WSV
bis zum 6. März!

WSV **BA FÖG stark reduziert!**

Am 6. März sind Bundestagswahlen. Zu diesen Wahlen werden u.a. auch die altbekannten Parteien CDU/CSU, FDP u. SPD antreten; bereits jetzt werben sie wieder um Wählerstimmen. Viel wird in der Wahlwerbung unterschlagen, vor allem die Kürzungen im Sozialbereich, die aus "Sachzwängen" bereits vor dem Regierungswechsel vorgenommen wurden.

So hat die SPD-FDP-Koalition zu verantworten

- die sog. 7. Bafög-Novelle, die u.a. die Anpassung des Studenten-Bafög um ein halbes Jahr verschob,
- die Selbstbeteiligung Versicherter an den Krankenhauskosten,
- (Rentenanpassung)

Gleich in die Vollen ging dann die CDU+CSU-FDP-Regierung. Kaum im Amt, hatte sie das Studenten-Bafög auf Darlehen umgestellt und das Schüler-Bafög fast vollständig gestrichen. Wir wollen hier als Betroffene nochmals am Beispiel Bafög die Argumentation der Bundesregierung für diese drastischen Kürzungen im Sozialbereich aufzeigen und widerlegen:

Die Bundesregierung begründet ihre Maßnahmen wie folgt:

- "Wer heute studiert und dadurch später einmal viel Geld verdient, soll das Geld, das er für seine Ausbildung bekommen hat, zurückzahlen."
- "Durch die Umstellung des Studenten-Bafög auf Darlehen und die Streichung des Schüler-Bafög können 2 Mrd. DM eingespart werden."

Wir meinen dazu:

Nicht jeder, der studiert, bekommt später auch einen Arbeitsplatz. Und nicht jeder, der studiert hat, verdient später in seinem Beruf soviel Geld, daß es ihm leicht fiele, bis zu 40.000,--DM Schulden zurückzahlen.

Auch das ist falsch. Erste Rückzahlungen des Bafög werden nicht vor 1990 stattfinden. Die Beschlüsse sind daher für den jetzigen Haushalt unwirksam. Außerdem: Allein für den Schnellen Brüder in Klakar sind im Haushalt '83 3 Mrd. DM vorgesehen, also das 1 1/2-fache dessen, was '82 für Bafög ausgegeben wurde.

b.w.

- "Das Bafög wurde bislang von den Steuergeldern der arbeitenden Bevölkerung bezahlt. Das ist ungerecht."

Das stimmt, aber nicht so, wie es CDU/CSU und FDP sehen. Ungerecht ist, daß Lohnsteuerzahlende oft mehr an Steuern zahlen müssen, als viele sehr gut Verdienende, wie Zahnärzte, Rechtsanwälte etc.

Und fast noch schlimmer ist, daß Arbeiter und Angestellte mit niedrigem Einkommen künftig doppelt bezahlen sollen: Nämlich weiterhin ihre Lohnsteuer und zusätzlich die Ausbildung ihrer Kinder. Die Folge davon ist, daß Kinder aus einkommensschwachen Familien von der Hochschulausbildung ausgeschlossen werden.

- "Das Bafög wird ohnehin viel zu oft mißbraucht, d.h. von Studenten beansprucht, deren Eltern viel verdienen."

Solche Ungerechtigkeiten, die zweifelsohne ab und zu vorkommen, können nicht durch eine Änderung des Bafög abgeschafft werden. Hier ist eine Änderung des Einkommensteuergesetzes notwendig, das es Selbständigen ermöglicht, ihr Einkommen auf dem Papier niedriger zu halten, als es wirklich ist.

- "Schüler des Zweiten Bildungsweges werden künftig nur noch 11 von 12 Monaten im Jahr gefördert. Sie können sich ihren Lebensunterhalt in den Ferien für den Monat August selbst verdienen."

Angesichts einer Arbeitslosenzahl von über 2 Millionen ist diese Forderung nach "Selbsthilfe" für einen Monat im Jahr geradezu ein Hohn. Die meisten der erwachsenen Schüler werden zwar keine Arbeit finden, ihre Unkosten für Miete, Nahrungsmittel etc. bleiben jedoch bestehen.

Betrachtet man sich die Änderungen im Bafög etwas genauer, so wird ihre Sinnlosigkeit schnell offensichtlich: Einerseits wird nichts "gespart", auf der anderen Seite haben die Änderungen verheerende Auswirkungen. Die Zahl der Studienanfänger wird sich verringern, da viele Angst vor einem Schuldenberg in Höhe von 40.000,-DM haben. Wer nicht studiert, braucht aber Arbeit; also wird sich die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen dadurch weiter erhöhen.

Wer sich dennoch zu einem Studium entschließt, wird dieses kaum noch sinnvoll durchführen können, da man durch die ständig wachsenden Schulden gezwungen ist, nicht so gut, sondern so schnell wie möglich abzuschließen.

Haben wir hier aus Platzmangel nur das Thema Bafög angeschnitten, so dürfen wir eines jedoch nicht verkennen: Ob Bafög, neue Mietgesetze oder die Vorschläge des Arbeitsministers "Lohnpausen-Blüm"; die jetzige Politik von CDU/CSU und FDP ist unsozial und nur darauf ausgerichtet, die Interessen der Reichen auf Kosten der ärmeren zu vertreten. Und auch die SPD, die sich in der Öffentlichkeit für die Rücknahme der Sozialkürzungen ausspricht, hat offen gesagt, daß sie z.B. die Darlehensregelung beim Bafög und die Staffelmietregelung für Neubauten beibehalten will!

Daran zeigt sich: Es ist nicht das primäre Ziel der sog. etablierten Parteien, soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und wirkliche Demokratie in allen Teilen der Bevölkerung herzustellen. Kleinere soziale Zugeständnisse lassen sich solange machen, wie es der deutschen Marktwirtschaft - also der Industrie - gut geht. Sobald sich das ändert, sind soziale Bedürfnisse kein Thema mehr; zunächst einmal müssen ja schließlich die Löcher in den Kassen der Unternehmen (bzw. Unternehmer) geflickt werden...